



Overath direkt

Zeitschrift des SPD Ortsvereins - 1/19

Overather, Rheinländer und Europäer



Mein Name ist Arndt Kohn, bin 38 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder. Seit März 2017 gehöre ich als Mitglied dem Europäischen Parlaments (MdEP) an. In dieser Funktion verrete ich mein Betreuungsgebiet, den Regierungsbezirk Köln, in Brüssel und Europa.

Im Europäischen Parlament verrete ich die Interessen der Menschen rund um Aachen, Köln und auch Hückelhoven. Als Rheinländer und Kind der Euregio habe ich Europa im Blut. Nirgendwo anders ist Europa so konkret erlebbar wie in unserer Heimat.

Ich setze mich ein für eine engere Zusammenarbeit mit unseren Nachbar*innen in Belgien und den Niederlanden in Sachen Mobilität, Arbeit, Umweltschutz u.v.m.

Ich möchte noch mehr Menschen aus meiner Heimat Europa näher bringen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir nur mit einem modernisierten, starken und gemeinsamen Handeln in Europa die Herausforderungen unserer Zeit lösen können. Gemeinsam statt einsam – Europa ist die Antwort!

Warum ist die EU für uns wichtig?

Die Europäische Union verbessert das Leben der Menschen in Europa auf vielfältige Weise. Zahlreiche Projekte auch bei uns in der Region, etwa in den Bereichen Klimaschutz, Soziales oder Bildung, werden erst durch die finanzielle Unterstützung aus Europa möglich. Und nicht zuletzt: Die europäische Integration bringt uns seit über 70 Jahren Frieden. Das ist von unschätzbarem Wert, gerade angesichts der verheerenden Kriege, die unseren Kontinent zuvor zerrissen haben. Die europäischen Gründungsmütter und -väter haben unglaublichen Mut bewiesen, sich über die Grenzen hinweg die Hand zu reichen und das Friedensprojekt weiterzuentwickeln.

Für was stehen Sie als Kandidat zum EU-Abgeordneten?

Besonders das Thema Steuergerechtigkeit liegt mir am Herzen und ein Schwerpunkt meiner Arbeit im EU-Parlament ist der Sonderausschuss gegen Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Es kann nicht angehen, dass große Unternehmen und Menschen mit einem gigantischen Geldvermögen sich auf Kosten der Gemeinschaft bereichern. Das Geld, was hier am Fiskus vorbeigeschleust wird, fehlt anschließend in wichtigen Bereichen wie den Schulen, Infrastruktur oder beim sozialen Wohnraum. Diesen Machenschaften muss endlich EU-weit ein Riegel vorgeschoben werden. Auch zum Thema Cybersicherheit arbeite ich, um die EU und die hier lebenden Menschen besser vor Angriffen aus dem Netz zu schützen.

Für was kämpfen Wir als SPD in Brüssel?

Die Europa-SPD kämpft dafür, dass alle Bürger*innen in der EU ein gutes Leben haben. Gute Löhne, faire Arbeitsbedingungen, betriebliche Mitbestimmung und die Gleichstellung von Frau und Mann sind dabei wichtige Schwerpunkte. Gerade im sozialen Bereich hat die EU-Kommission unter dem konservativen Präsidenten Jean-Claude Juncker ihre Versprechen nicht gehalten. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf! Außerdem setzt sich die Europa-SPD für eine humane, geregelte Migrationspolitik ein, für ehrgeizige Klimaziele und für einen starken Verbraucher*innenschutz.

Was möchten Sie unseren Wählern mitteilen?

Bitte gehen Sie wählen! Bei der letzten Europawahl 2014 lag die Wahlbeteiligung in Deutschland nur bei knapp 48 Prozent. Aber Europa hat es verdient, dass sich jede*r von uns darüber informiert und seine Stimme abgibt. Die Demokratie liegt in unser aller Verantwortung. Daher mein dringender Appell: Nutzen Sie ihre Stimme, um die EU nach ihrem Willen mitzugestalten. Freuen würde es mich natürlich, wenn Sie Ihr Vertrauen der SPD schenken würden. Wir dürfen Europa nicht in die falschen Hände geraten lassen. Wir müssen uns alle für Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Demokratie einsetzen – für ein sozialeres und gerechteres Europa, ein friedliches Europa für uns und unsere Kinder!

Editorial



Liebe
Overather
Bürgerinnen
und Bürger,

Jürgen Tichy, Vorsitzender

an Politik interessierte Bürger unserer Stadt haben bisweilen die Möglichkeit, den verantwortlichen Kommunalpolitikern zu begegnen. Sei es beim Bürgermeister im Rathaus in seiner regelmäßigen Bürgersprechstunde, sei es in den Ratssitzungen oder in den zahlreichen Ausschuss-Sitzungen, die öffentlich sind. Darüberhinaus werden die Bürger über Lokal- und Tagespresse regelmäßig über die Ereignisse in Stadt und Region unterrichtet.

Andererseits kommt es eher selten vor, dass die Politik direkt zum Bürger kommt.

Die Kommunikation zwischen Politik und Bürger ist nicht nur durch die demokratisch legitimierte Transparenz der Maßnahmen, die die Bürger betreffen, unabdingbar, sondern hinsichtlich der Teilnahme am politischen Geschehen ein Muss, das jegliche Unterstützung verdient.

Den politischen Parteien kommt in diesem Kommunikationsprozess eine besondere Aufgabe zu, da sie laut Grundgesetz einen wichtigen Beitrag zur Willensbildung der Bürger leisten sollen.

Eine Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, hat jetzt die Overather SPD gewählt.

Es ist eine Zeitung, die in regelmäßigen Abständen erscheint und an alle Overather Haushalte verteilt wird.

Die erste Ausgabe von „Overath direkt“ halten Sie jetzt in Ihren Händen. In dieser Zeitung wollen wir Sie über aktuelle, aber auch längerfristige lokale, überregionale oder auch bundespolitisch relevante Ereignisse, Diskussionen über verschiedene Themen und sonstige interessante Dinge aus der Sicht der Overather SPD informieren.

Reaktionen von Ihnen zu unseren Beiträgen sind willkommen und erwünscht, denn die Kommunikation über „Overath direkt“ soll keine Einbahnstraße sein, sondern eine Plattform eines engagierten Informationsaustausches.

Und nun wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre der ersten Ausgabe von „Overath direkt“.

Stichwahl für Bürgermeister abgeschafft: CDU und FDP spielen mit unserer Demokratie

Sebastian Hartmann, Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen, sagt dazu in seiner Pressemitteilung:

„Die Abschaffung der kommunalen Stichwahl in NRW ist ein Skandal und ein Armutszeugnis der schwarz-gelben Landesregierung. Armin Laschet schadet damit unserer Demokratie, um sich auf Kosten von Legitimation einen parteipolitischen Vorteil zu sichern. Gleichzeitig ignoriert er den Protest von kommunalen Vertretern und tausenden Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land.“



Sebastian Hartmann

Wir sagen klar: Bürgermeister- und Landratswahlen müssen mit mehr als 50 Prozent gewonnen werden. Kandidatinnen und Kandidaten, die teils nur mit einem Drittel der Stimmen ins Amt ziehen, vertreten nicht die Mehrheit der Bevölkerung ihrer Stadt. Armin Laschet hat heute gezeigt, dass er aus der Vergangenheit nicht gelernt hat. Mit der Abschaffung der Stichwahl begeht Schwarz-Gelb den gleichen Fehler, wie schon im Jahr 2007. Wir werden diesen Angriff auf die kommunale Demokratie in unserem Land nicht hinnehmen. Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die SPD-Fraktion jetzt Klage einreicht.“

Die SPD Overath schließt sich dieser Meinung voll und ganz an und wünscht uns allen, dass die Stichwahl trotz dieser skandalösen Gesetzesänderung erhalten bleibt.

Wir verfolgen dabei übrigens keine Eigeninteressen: Unser amtierender Bürgermeister Jörg Weigt wäre auch ohne Stichwahl knapp (+1,3%) Wahlsieger gewesen. Sein Erdrutschsieg in der Stichwahl (67%) ist aber der Beweis dafür, dass ein zweiter Wahlgang wichtig ist, um auf demokratische Weise für klare Verhältnisse und Mehrheiten zu sorgen!

Hans Schlömer

SPD stimmt für Gutachten zur Modernisierung der Verwaltung - CDU und FDP blockieren!

Die personelle Unterbesetzung unserer Verwaltung hat seit Jahren in vielen Bereichen negative Konsequenzen für Bürgerinnen und Bürger: Verwaltungsakte (z. B. Baugenehmigungen) dauern immer länger, sinnvolle Tätigkeiten müssen zugunsten gesetzlicher Aufgaben entfallen, und die Fehlerquote ist hoch, weil zu wenig Personal zu viele Aufgaben gleichzeitig erledigen muss. Die niedrigen Personalkosten gehen so stark zu Lasten von Qualität und Geschwindigkeit, dass die Zumutbarkeitsgrenze für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter längst überschritten ist.

Die SPD Overath und ihr Bürgermeister Jörg Weigt fordern daher eine professionelle und unabhängige Analyse der Prozesse und Personalausstattung in der Stadtverwaltung durch Experten der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die auf eine Optimierung von Kommunalverwaltungen spezialisiert sind. Dabei geht es längst nicht nur darum, wieviel Personal fehlt, um die Aufgaben der Stadt ordnungsgemäß und in guter Qualität durchzuführen, sondern auch um mögliche Prozessverbesserungen und eine Modernisierung der Arbeit der Stadtverwaltung, die in den letzten Jahrzehnten nur in kleinen Schritten erfolgen konnten und dringend nachgeholt werden müssen!

Die CDU ist mit ihrem Antrag gescheitert, das hierfür vom Bürgermeister eingeplante Organisationsgutachten aus dem Haushalt 2019 zu streichen. Der von der Mehrheit beschlossene FDP-Antrag, die Mittel um 20% zu kürzen (was nach einem Vorschlag des Bürgermeisters immer noch für eine etwas reduzierte Untersuchung ausreichen würde), wäre für uns akzeptabel gewesen, nicht aber der gleichzeitig beschlossene Sperrvermerk, durch den die GPA erst beauftragt werden kann, wenn der Rat seine Aufhebung beschließt. Wir haben begründete Zweifel, ob die FDP das überhaupt will, denn CDU und FDP spekulieren offenbar weiterhin darauf, dass die Verwaltung noch möglichst lange überlastet ist und viele Fehler macht, um diese dann dem Bürgermeister anheften zu können. Deren Aussage, dass man Neueinstellung auch ohne Gutachten zustimmen würde, halten wir aus der Erfahrung der letzten Jahre nicht für glaubwürdig.

Diese Hinhaltetaktik ist weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger noch der städtischen Beamten und Angestellten. Die SPD Overath wird sich daher in den nächsten Wochen aktiv dafür einsetzen, das Budget für das dringend benötigte Gutachten so schnell wie möglich freizugeben, anstatt der Stadt Overath mit politischen Spielchen weiter zu schaden!

Hans Schlömer



Ausbau der KiTa-Plätze läuft an SPD will Wahlrecht für Eltern wieder ermöglichen

Die Hilferufe von Eltern, die für ihr Kind dringend einen Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte suchen, aber keinen Platz bekommen, weil selbst alle Notplätze der KiTas bereits voll belegt sind, haben zu kurzfristigen Maßnahmen geführt, um Abhilfe zu schaffen:

Im Sommer wird die KiTa „Der Regenbogen“ in Großburden mit einer zusätzlichen Waldgruppe an den Start gehen. Außerdem kann die KiTa „Marienkäfer“ in Marialinden bei den aktuellen Baufortschritten eventuell schon im September umziehen, wodurch auch dort eine zusätzliche Gruppe entsteht. Ende des Jahres soll dann noch die neue KiTa in Immekeppel mit 3 Gruppen hinzu-kommen. Zusätzlich ist im Gespräch, die fünfte Gruppe des „Bunten Luftballon“, die am neuen Standort in der Ortsmitte entstehen sollte, bereits vorher auf dem Klarenberg zu starten, da Räume der angrenzenden ehemaligen Hauptschule übergangsweise dafür genutzt werden können.

Dass so kurzfristig bis zu 60 und mittelfristig bis zu 120 neue KiTa-Plätze geschaffen werden können, wird die Stadt Overath endlich in die Lage versetzen, den Bedarf der Eltern zu decken, wie wir es seit langem fordern!

Bisher wurde denen in der Regel als Ersatz ein Platz bei einer Tagesmutter angeboten – was aber für viele Eltern keine Alternative ist, gerade wenn das Kind schon über 3 Jahre alt ist und es vor allem darum geht, das Kind an eine größere Gruppe zu gewöhnen und ihm alle Angebote einer KiTa zukommen zu lassen.

Die SPD Overath setzt sich schon seit Jahren dafür ein, die Kindergartenplätze in Overath bedarfsgerecht auszubauen, damit das vorgesehene Wahlrecht der Eltern zwischen Tagesmutter und KiTa wieder möglich wird. Die absurde Situation, dass man sein Kind teilweise schon im ersten Lebensjahr in einer KiTa anmelden muss, weil man sonst später keinen Platz mehr bekommt, wird damit noch in diesem Jahr beendet.

Es reicht eben nicht aus, den Rechtsanspruch „irgendwie“ zu erfüllen, sondern die Interessen und Bedarfe der Kinder und Eltern müssen dabei im Vordergrund stehen. Dafür werden wir uns auch weiterhin stark machen!

Hans Schlömer



Besuchen Sie
uns auf
facebook:
SPD-Overath



Hans Schlömer
stv. Fraktionsvorsitzender

Interview mit dem Bürgermeister Jörg Weigt

Über die Erfahrungen als erster SPD-Bürgermeister in Overath und die aktuellen Themen in der Stadt sprach Manfred Meiger (Pressesprecher der SPD-Overath) mit Bürgermeister Jörg Weigt (SPD)

Herr Weigt, am 15.06.2014 haben Sie mit 67 % in der Stichwahl zum Amt des Bürgermeisters in Overath deutlich gegen den damaligen amtierenden Amtsinhaber von der CDU gewonnen. Damit hat zum ersten Mal seit der ersten Wahl 1946 die SPD in Overath den Bürgermeister gestellt – wie hat sich das angefühlt?

Weigt: *Es war schon ein besonderes Gefühl für alle Beteiligten. Mein Wunschziel war damals in die Stichwahl zu kommen. Schon diese Aussage bzw. diese Zielformulierung wurde von vielen belächelt. In einer Kommune, in der die CDU Fraktion seit vielen Jahrzehnten als stärkste Partei vertreten ist, hatte der Wunsch in die Stichwahl zu kommen schon eine besondere Ausstrahlung. Letztendlich hat der Wähler entschieden und diese Wahl führte dazu, dass der Bürgermeister von der SPD gestellt wird. Theoretisch fühlt sich das gut an, praktisch zeigt sich jedoch, dass die Mehrheitsverhältnisse nach wie vor zu Gunsten der CDU gegeben sind.*

Im Juni dieses Jahres sind sie fünf Jahre Bürgermeister in Overath. Als Ziel hatten Sie versprochen, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Stadtrat eine gute und verlässliche Politik für Menschen im Sülztal und in Overath zu machen. Sie haben mit Transparenz geworben und dem Anspruch die Finanzen der Stadt Overath so verantwortlich aufzustellen, dass die finanziellen Belastungen nicht nur den Kindern überlassen wird. – wie sind Sie mit dem Erreichten zufrieden und wie fällt Ihr Resümee aus?

Weigt: *Grundsätzlich bin ich zufrieden. Viele Themen, die wir aus sozialdemokratischer Sicht besetzt haben, werden im Stadtrat politisch behandelt. D.h. es wird darüber diskutiert und es werden Entscheidungen getroffen. Diese Entscheidungen werden demokratisch und somit mehrheitlich getroffen. Hier zeigen sich dann die unterschiedlichen Sichtweisen. Aber es gibt auch wichtige Entscheidungen, die einstimmig und somit von dem gesamten Stadtrat getragen werden.*



Dies hat sich im besonderen Maße gezeigt bei dem Bau unserer vielen Kindergärten und den neuen Feuerwehr-standorten in Overath und im Sülztal. Wichtig bei solchen Entscheidungen ist für mich ganz besonders, dass alle Beteiligten von Anfang an und umfassend in den Entscheidungsprozess mit eingebunden sind. Dies war vor meiner Amtszeit nicht so.

Herr Weigt, mit der Nachhaltigkeitsatzung haben Sie einen mutigen Schritt zur Konsolidierung der Finanzen in der Stadt Overath getan. Sie haben aber auch mit einem Hebesatz der Grundsteuer B in Höhe von 850 %-Punkten den Bürgerinnen und Bürgern eine Menge zugemutet – sind Sie mit dem Erfolg dieser Maßnahme zufrieden?

Weigt: *Ja, wir konnten mit dieser Maßnahme den Eigenkapitalverzehr aufhalten. Wir haben ein klares Signal setzen können, dass die bisher gelebte Finanzierung der Kommunen geändert werden muss. Und dass dieser Prozess der Veränderung von allen Ratsmitgliedern mitgetragen wird. Ich rede hier von unseren Möglichkeiten in Overath. Dass die Kommunen nicht auskömmlich von Land und Bund unterstützt werden ist ein weiterer Aspekt. Mir war es wichtig, alle Aufgaben hier vor Ort in Overath einer kritischen Würdigung zu unterziehen und zu bewerten, welche Aufgaben haben wir hier und wie möchten wir die Aufgaben lösen. Zu diesem Zweck waren alle Bürger zu Arbeitsgruppen eingeladen und haben das Leistungs- und Aufgabenspektrum der Stadt analysiert. Also, es wurden nicht einfach die Steuern erhöht, weil zusätzliches Geld benötigt wurde, sondern die Steuern wurden erhöht, weil die Aufgaben und Leistungen in unserer Stadt so in diesem Umfang gewünscht werden.*

In Ihrer Amtszeit sind eine Vielzahl von Projekten auf den Weg gebracht bzw. schon fertiggestellt worden.

Unter anderem sind hier zu nennen die Feuerwehren in Steinenbrück und Overath, Kindergärten in Marialinden, Immekeppel und

Overath, bezahlbare Wohnungen, die neue Unterkunft für die Overather Tafel am Gleisdreieck und der Einstieg in den Strommarkt mit der Gründung der Stadtwerke Energie GmbH – glauben Sie, dass die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Leistungsbilanz zufrieden sind?

Weigt: *Sämtliche Projekte die jetzt genannt wurden beziehen sich auf die Daseinsvorsorge. Es sind ganz wichtige notwendige Baumaßnahmen. Ich bin sehr froh darum, dass alle Fraktionen dies ebenfalls so sehen. Sicherlich können noch ganz viele Maßnahmen und Projekte mehr gemacht werden, jedoch sind uns die Hände gebunden, weil (die) Bauprojekte sehr viel Geld auf viele Jahre binden. Von daher bin ich mir ziemlich sicher, dass es Bürger gibt, die vielleicht auf solche Bauprojekte verzichten, andere lieber die Straßen instandsetzen oder auch gerne die Immobilien sanieren möchten. Hier müssen Prioritäten gesetzt werden. Diese Prioritäten kann ich ansprechen und empfehlen, letztendlich wird die Entscheidung im Rat getroffen. Einige Maßnahmen liegen mir ganz besonders am Herzen; bezahlbarer Wohnraum, barrierefreier Wohnraum und vor allen Dingen familien-gerechte Wohnraum. Hier haben wir einen ganz großen Bedarf und stoßen leider an die Grenzen, weil entsprechende Flächen nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Dieses Thema würde ich gerne auch mit privaten Investoren besprechen und umsetzen wollen.*

Herr Bürgermeister, zu Beginn des Jahres fehlten in Overath noch für 30 Familien KITA-Plätze um deren Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen. Die begonnenen Neubaumaßnahmen werden hier in 2019 noch nicht helfen. Konnten Sie auf andere Weise diesen Eltern aus ihrer Not helfen?

Weigt: *Ja, ich habe kurzfristig meine Amtsleiter, die mit diesem Thema befasst sind, zusammengerufen und prüfen lassen, welche pragmatische Lösungen kurzfristig umgesetzt werden können. Diese Probleme konnten durch klassische Teamarbeit gelöst werden. Alle Mitarbeiter haben an einem Strang gezogen, wir haben Kontakt mit den Trägern der Einrichtungen aufgenommen und gemeinsam überlegt wie wir die Situation für die Eltern bzw. die Familien verbessern können. So konnte zum Beispiel kurzfristig eine Waldgruppe gebildet werden. Die Mitarbeiter werden von der Elterninitiative "der Regenbogen" eingestellt, ein Hausbesitzer stellt Privaträumlichkeiten bei Schlechtwetterlagen zur Verfügung, die Bürgerstiftung Overath unterstützt bei der Ausstattung und die Abstimmung mit den anderen Behörden erfolgte durch die Stadt Overath.*

Herr Bürgermeister Weigt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!



Ruth Rocholl, Fraktionsvorsitzende der SPD im Stadtrat:

Am 26. Mai ist Europawahl.

Bitte gehen Sie wählen und unterstützen Sie die SPD mit Ihrer Stimme – für ein Soziales und gerechtes Europa!

www.spd.de/europa-ist-die-antwort



Grundrente, Spitzensteuersatz und Reichensteuer

Landauf und auch landab gibt es vermehrt Anzeichen dafür, dass die SPD für ihre eigene Profilierung den nächsten Bundestagswahlkampf nutzen wird, um ihr ramponiertes Sozialimage aufzupolieren.

Begonnen hat sie schon jetzt: Unter dem Motto „Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zukunft“ sollen die Ziele Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit mit neuen Inhalten gefüllt werden.

Ein Kernelement ist dabei die Grundrente, die eine Anerkennung von Lebensleistungen sein soll und daher auch richtigerweise als „Respekt-Rente“ bezeichnet werden kann, die sich jeder Bürger mit mindestens 35-jähriger Tätigkeit „verdient“ hat. Also diese Rente ist nicht ein staatliches Almosen, das jemand bekommt, der alt ist und kein Vermögen und auch nicht einen wohl verdienenden Ehepartner hat (die viel beschworene Professoren- und Zahnarztgattin). Sie ist vielmehr eine wohl verdiente Anerkennung für geleistete Arbeit.

Eine Bedürftigkeitsprüfung widerspricht dem Anerkennungsprinzip von Leistung und beinhaltet einen hohen Verwaltungsaufwand, der im krassen Widerspruch zum möglichen Ertrag steht.

Im übrigen wäre es interessant, die Vertreter der Bedürftigkeitsprüfung zu fragen, ob sie bei Millionären, die Kindergeld beziehen bzw. einen hohen Kinderfreibetrag haben, die Prüfung auch fordern – was ja konsequent wäre.

Mit der „Respekt-Rente“ ist sicher gestellt, dass die Bürger, die über 35 Jahre gearbeitet haben, unter Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten, im Alter mehr bekommen, als Bürger, die nicht oder kaum gearbeitet haben.

Ein zweiter Schwerpunkt der SPD könnten Spitzensteuersatz und Reichensteuer sein.

Der Spitzensteuersatz liegt z.Z. bei 42% und wird fällig ab einem zu versteuernden Einkommen von 55.961€ für Singles und 111.922 für Ehepaare.

Zugrundegelegt wird also das „zu versteuernde Einkommen“, das – so sollte man wissen – nicht identisch ist mit dem Bruttoeinkommen. Von diesem – und auch das kann man wissen – können noch die sogenannten Freibeträge, wie Grundfreibetrag oder Kinderfreibetrag, die bei Familien schon mal bei mehr als 20.000€ liegen können, abgezogen werden.

Erst dann haben wir das zu versteuernde Einkommen, und der Spitzensteuersatz gilt erst ab jeden Euro, den ein Single mehr als 55.961€ im Jahr verdient.

Dasselbe gilt für die sogenannte Reichensteuer, die ab einem Einkommen von 250.731€ bzw. 501.462€ fällig wird.

Die SPD plant, den Spitzensteuersatz auf 45% und die Reichensteuer auf 48% zu erhöhen.

Wenn man die Empörung darüber bei CDU/CSU und FDP nachvollziehen will, ist es ratsam, sich die Frage zu stellen, wie viele Bürger in Deutschland von dieser Maßnahme betroffen wären.

Dazu liegen verlässliche statistische Zahlen aus dem Jahre 2013 vor (der Grund liegt in den langen Fristen zur Steuerveranlagung).

In diesem Jahr gab es 39,8 Millionen einkommensteuerpflichtige Personen in Deutschland. Die gesamte Lohn- und Einkommenssteuer belief sich auf 246 Milliarden Euro. Den Spitzensteuersatz von 42% zahlten 2,1 Millionen Steuerpflichtige, also 5,3% aller Steuerpflichtigen. Die Reichensteuer zahlten ganze 79.200 Personen, das sind 0,2% aller Steuerpflichtigen!

Das ist also die Klientel, die CDU/CSU und FDP vor „ungerechter Besteuerung“ schützen wollen.

94,7% bzw. 99,8% wären von diesen Steuermaßnahmen nicht nur nicht betroffen, sondern hätten vollstes Verständnis für.

Und da wir im Mai die Europawahl vor uns haben, ist sicherlich nicht uninteressant zu wissen, was unsere europäischen Steuernachbarn für Spitzensteuersätze haben:

Spanien und Niederlande: 52%

Portugal: 53%

Belgien: 53,7%

Dänemark: 55,6%

Da ist ja bei uns noch viel Luft nach oben.

Übrigens: Unter Kanzler Kohl lag der Spitzensteuersatz bei 56%!

Jürgen Tichy



Manfred Meiger, Pressesprecher der SPD

Wohnen muss bezahlbar bleiben

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Guter Wohnraum darf kein Luxusgut sein. Gutes, klimagerechtes und bezahlbares Wohnen, ein attraktives, generationengerechtes Wohnumfeld, die Anbindung an eine funktions- und leistungsfähige Infrastruktur und eine ausreichende Nahversorgung sind wichtige Grundlagen für Menschen in allen Lebenslagen und Lebensphasen. Eine zentrale Zukunftsfrage für die Entwicklung unserer Städte und Gemeinden ist die Schaffung und Sicherung einer hohen Wohn- und Lebensqualität. Sie ist demzufolge ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Wohnungspolitik.

Im SPD-Wahlprogramm 2014 für Overath haben wir dies zum Ausdruck gebracht: „...Für uns hat eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters Vorrang vor einem weiteren Wachstum. Die demographische Entwicklung führt dazu, dass immer mehr ältere Menschen ihre Eigenheime aufgeben und sich altengerechte Wohnungen wünschen, die zentral gelegen sind. Um Overath wettbewerbsfähig zu halten, müssen Wohn- und Gewerbebebauung weiterhin möglich sein...“

Die „Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Rheinisch-Bergischen Kreis 2017“ des empirica-Instituts bestätigt dies und zeigt einen hohen Bedarf sowohl an günstigen Mietwohnungen als auch an Baugrundstücken zur Errichtung von Eigenheimen im Gebiet von Overath und Rösrath, alleine schon um den aktuellen demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken. Wohnraum muss demnach stetig neu geschaffen werden, um die Bevölkerungszahl der Stadt konstant zu halten und insbesondere ihre Attraktivität für Familien mit Kindern zu erhalten. Es geht dabei also nicht um ein Bevölkerungswachstum, sondern um eine behutsame, aber aktive Gestaltung und Stabilisierung der Entwicklung Overaths.

Die SPD Overath will, dass Overath auch in Zukunft lebendig bleibt und besonders auch Familien mit Kindern eine attraktive Infrastruktur anbieten kann. Voraussetzung dafür ist, dass die Kinderzahlen nicht massiv einbrechen, und Mindestschülerzahlen für die Grundschulen vor Ort und die beiden weiterführenden Schulen in Cyriax nicht unterschritten werden – und dafür müssen wir aktiv etwas tun.

Wir werden dabei auf einen ausgewogenen Mix des neu zu schaffenden Wohnraums achten: Neben bezahlbaren Grundstücken für Einfamilienhäuser werden auch Eigentumswohnungen und günstige Mietwohnungen, sowohl für Senioren als auch Familien mit Kindern, dringend benötigt. Dabei gilt: solange das Angebot nicht ausreichend ist, werden die Preise und Mieten steigen, und Wohnraum in Overath wird zunehmend zum Luxusgut. Das wollen wir verhindern!

Natürlich kann es nicht das Ziel sein, Overath mit neuen Baugebieten zuzubauen, mehr Verkehr zu generieren und die Bevölkerungszahl zu erhöhen. Es geht vielmehr darum, Overath mit Augenmaß so weiterzuentwickeln, dass die Bevölkerung langfristig in etwa konstant bleibt. Das hört sich einfach an, wird aber – wenn man den Demographen und dem empirica-Gutachten glaubt – bald auch bei uns zu einer anspruchsvollen Daueraufgabe werden, der sich die SPD Overath schon heute aktiv stellt.

Viele Maßnahmen wurden daher von uns im Rat der Stadt Overath bereits beantragt, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.



Impressum:

Overath direkt – Ausgabe 1/19

Herausgeber: SPD Ortsverein Overath

Jürgen Tichy, Vorsitzender

jürgen.tichy@spd-overath.de - 02207.6454

Im Lerchengrund 14, 51491 Overath

Redaktion: Manfred Meiger, Peter Rhein,

Hans Schlömer, Jürgen Tichy

Fotos: spdnrw, spdoverath, pixabay, privat

Layout und Satz: info@peterrhein.de